

INHALT

1. SPD, Grüne und SSW stellen sich hinter Lehrkräfteausbildungsreform
2. Wendes Rückkehrrecht: CDU-Fraktion beantragt Akteneinsicht
3. Landtag verpflichtet sich zur Tilgung der Altschulden nach erfolgreicher Schuldenbremse
4. Debatte zum NDR-Staatsvertrag und zu Rundfunkgebühren
5. Landesflächen für Elektroautos
6. Überwachung durch ausländische Geheimdienste

15.05.2014

SPD, Grüne und SSW stellen sich hinter Lehrkräfteausbildungsreform Antrag der Oppositionsfractionen auf Neustart wird abgelehnt



Bildungsexperte Daniel Günther, MdL

Im Rahmen der heutigen Debatte haben SPD, Grüne und SSW sich auch inhaltlich hinter die von Wissenschaftsministerin Waltraud Wende verantwortete Reform der Lehrerausbildung gestellt. Ein gemeinsamer Antrag der Oppositionsfractionen (Link siehe unten) auf einen Neustart wurde abgelehnt. Die Regierungsfractionen wollen das derzeit in der Anhörung befindliche Gesetz nach Möglichkeit im Juli, spätestens jedoch im September, verabschieden.

In seiner Rede berichtete CDU-Politiker Daniel Günther, dass erste Anzuhörende sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht in der Lage fühlten, eine Stellungnahme zum Gesetz abzugeben. „Die wissen gar nicht, wozu sie Stellung nehmen sollen. Die Landesregierung und die sie tragenden Fractionen erschöpfen sich in Hintergrundgesprächen zur Gesichtswahrung ihrer Ministerin.

Mittlerweile haben Sie den dritten Krisengipfel abgehalten. Der gesamte Gesetzgebungsprozess bleibt auch nach der dritten Einigung mit den Universitäten Kiel und Flensburg ein Desaster. Mittlerweile haben Wende und die Regierungsfractionen auch schon den Ministerpräsidenten blamiert“, so Günther.

Von Albig's Versprechen aus der April-Sitzung, sei nichts mehr übrig geblieben. Sein Vorhaben, naturwissenschaftliche und technische Fächer in Flensburg auf das Niveau der Uni Kiel anzuheben und dies im Haushalt zu berücksichtigen, ist gescheitert. Dennoch würden SPD, Grüne und SSW Kosten jetzt sogar höher veranschlagen als Albig.

„Das zeigt doch, wie unseriös die Regierung gearbeitet hat“, so Günther. Er warnte erneut davor, die Ausbildung von Mittelstufenlehrern abzuschaffen. „Wir haben 170 Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe. Wir haben in Flensburg eine hervorragende Ausbildung auf Sek I – Niveau. Sie machen das alles kaputt“, so Günther.

Die Redner der Regierungsfractionen hingegen blieben bei ihrer Darstellung, es gehe um die beste Lehrerausbildung.

Gemeinsamer Antrag der Oppositionsfractionen:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1800/drucksache-18-1854.pdf>

Wendes Rückkehrrecht: CDU-Fraktion beantragt Akteneinsicht **Aussagen des Ministerpräsidenten werden überprüft**



Fraktionschef Johannes Callsen, MdL

Die CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag erhöht wegen der Ungereimtheiten um die Reform der Lehrkräfteausbildung weiter den Druck auf die Landesregierung. Sie beantragte in zwei Sachverhalten Einsicht in Regierungsakten. Dabei geht es zum einen um die im Auftrag der Regierungsfractionen durchgeführten Kostenberechnungen des Wissenschaftsministeriums zum Hochschulausbau. Zum anderen wurde heute die Vorlage der Akten zum Rückkehrrecht von Wissenschaftsministerin Professor Waltraud Wende gefordert. Dies betreffe insbesondere auch die Akten der Staatskanzlei, die sich mit der inhaltlichen Ausgestaltung und der rechtlichen Überprüfung einschließlich des Prüfungsergebnisses befassen.

„Die gestrigen Aussagen des Ministerpräsidenten haben neue Fragen aufgeworfen. Dabei geht es neben seinen rechtlichen Bewertungen auch über seine Aussagen zur Abfolge. Eine Akteneinsicht ist dringend erforderlich und von uns deshalb heute beantragt worden“, erklärte CDU-Fraktionschef und Oppositionsführer Johannes Callsen heute in Kiel.

Landtag verpflichtet sich zur Tilgung der Altschulden nach erfolgreicher Schuldenbremse CDU-Initiative erfährt einstimmige Unterstützung



Tobias Koch, finanzpolitischer Sprecher

Der von der CDU-Fraktion eingebrachte Antrag, nach dem Einhalten der Schulden mit der Tilgung von Altschulden zu beginnen, hat Eingang in die Berichts- und Beschlussempfehlung des Landtages gefunden. Diese wurde heute einstimmig beschlossen.

„Nach der fraktionsübergreifend beschlossenen Schuldenbremse ist das ein weiterer Meilenstein. Er stellt gleichzeitig die Grundlage für zukünftige haushaltspolitische Entscheidungen dar“, begrüßte Koch die Unterstützung der Initiative seiner Fraktion.

Koch kritisierte allerdings eine Forderung der Regierungsfractionen. SPD, Grüne und SSW schlugen vor, dass die Bund-Länder-Kommission die Voraussetzungen für die Einhaltung der Schuldenbremse in den Ländern zu schaffen soll.

„Wenn es das arme Schleswig-Holstein unter den gegebenen Voraussetzungen schafft, die Schuldenbremse einzuhalten, dann sollten das die anderen Länder erst recht hinbekommen“, stellte Koch klar.

Es sei nicht Aufgabe Schleswig-Holsteins, verantwortungslose rot/grüne Regierungen wie in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg oder Bremen in ihrem Hilferuf nach noch mehr Geld zu unterstützen.

Antrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1500/drucksache-18-1549.pdf>

Berichts- und Beschlussempfehlung:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1800/drucksache-18-1807.pdf>

Pressemitteilung zur Rede von Tobias Koch:

http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-05-15_Pressemeldung_4339.pdf

Debatte zum NDR-Staatsvertrag und zu Rundfunkgebühren

Transparenz ist kein Selbstzweck



Dr. Axel Bernstein, MdL

Heute Nachmittags wurde im Rahmen der Landtags Sitzung auch über den NDR-Staatsvertrag diskutiert. Konsens aller Parteien in dieser Debatte war eine Forderung nach mehr Transparenz. Besonders die Tätigkeit des NDR-Rundfunkrats müsse als wichtigstes Gremium zugänglicher für die Öffentlichkeit sein.

Der medienpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Dr. Axel Bernstein, gab diesbezüglich zu bedenken: „Transparenz ist kein Wert an sich und kein Selbstzweck. Ein offenes, kritisches Wort zwischen Rundfunkrat und Redakteur kann der Programmqualität sehr dienlich sein. Der Zwang, immer alles druckreif und unangreifbar zu formulieren, tut nicht überall gut.“

Insgesamt fehlte es der Debatte an echten Konfliktlinien. Ein Rüge ging Richtung Ministerpräsident Torsten Albig, der den Landtagsbeschluss einer früheren Debatte, der eine Senkung des Rundfunkbeitrags in Höhe der gesamten Mehreinnahmen vorsah, im Bundesrat nicht durchgesetzt hat.

Link zum Antrag von SPD, Grünen und SSW:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1700/drucksache-18-1761.pdf>

Link zum Bericht und zur Beschlussempfehlungen:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1500/drucksache-18-1555.pdf>

Landesflächen für Elektroautos CDU kritisiert Antrag der Regierungsfractionen



Verkehrspolitiker Hans-Jörn Arp, MdL

„Ehrlich gesagt weiß ich gar nicht, warum wir hierüber debattieren wollen. Wenn die Landesregierung ein Konzept entwickeln möchte, steht ihr das frei“ - so kommentierte der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Hans-Jörn Arp, einen Antrag von SPD, Grünen und SSW. Diese forderten in der heutigen Landtagssitzung die Landesregierung auf, ein Konzept zum Thema „Parken und Laden auf Parkflächen der Landesliegenschaften“ zu erarbeiten.

Arp begrüßte in seiner Rede Bemühungen zum Ausbau der Elektromobilität. Er kritisierte aber den Alleingang der drei Fraktionen. Auf Landesebene gebe es bereits das Kompetenzzentrum Elektromobilität SH (KESH) und die Landeskoordination Elektromobilität SH. Deutschlandweit existiere das sogenannte „Schaufenster Elektromobilität“ als eine Initiative der Bundesregierung mit Beteiligung der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen, Berlin, Brandenburg und Niedersachsen mit hunderten Projekten zum Thema E-Mobilität und einer Vielzahl von Ladekonzepten. Darüber hinaus sei es gerade mal einen Monat her, dass das Bundeswirtschaftsministerium das mit neun Millionen Euro geförderte Projekt SLAM - Schnellladenetz für Achsen und Metropolen – gestartet habe.

Hans-Jörn Arp stellte zudem klar, dass eine Reihe rechtlicher Fragen im Ausschuss zu klären seien. An vorderster Stelle stehe auch, dass ein einheitliches Gesamtkonzept zur Bereitstellung von Park- und Ladeflächen auf landeseigenen Grundstücken entwickelt werde. Dieses müsse mit dem Bundeskonzept im Einklang stehen.

In den kommenden Wochen und Monaten wird sich nun der Wirtschaftsausschuss mit dem Antrag befassen.

Pressemitteilung von Hans-Jörn Arp:

http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-05-15_Pressemeldung_4333.pdf

Überwachung durch ausländische Geheimdienste Landtag zeigt sich gegenüber Antrag der Piraten skeptisch

Der Schleswig-Holsteinische Landtag solle sich aktiv in die Geheimdienst- und Abhöraffaire einmischen. Das forderten die Piraten in der heutigen Plenardebatte. Nach ihrem Willen soll der Landtagspräsident die Bundesregierung auffordern, entsprechende Beschwerdeverfahren gegen die USA und Großbritannien einzuleiten.

Die anderen Landtagsfraktionen zeigten sich größtenteils skeptisch gegenüber dem Piraten-Antrag. Der datenschutzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Dr. Axel Bernstein, kommentierte ironisch: „Man spürt die Nervosität in Washington und London bereits förmlich“. Der Landtag sei für Außenpolitik überhaupt nicht zuständig, hieß es unter anderem aus den Reihen der Regierungsfractionen.

Dr. Axel Bernstein zeigte Verständnis für das Grundansinnen der Piraten. „Sie haben ja durchaus Recht damit, dass das Verhalten der Nachrichtendienste für uns nicht hinnehmbar ist. Die Reaktion bei unseren Partnern in Washington auf die Forderungen des Europäischen Parlaments aber auch auf die Forderungen von Bundestag und Bundesregierung ist bislang wahrlich nicht ausreichend.“ Er warnte jedoch davor, dass die Praktiken anderer Geheimdienste aus nicht demokratischen Staaten, die objektiv eine wesentlich größere Bedrohung für die Sicherheit und Wirtschaft darstellten, darüber schnell in Vergessenheit gerieten.

Das aus deutscher Sicht maßlose Sammeln von Daten durch Sicherheitsorgane in den USA, weil es geht und weil man sich dort seit 9/11 in permanenter Selbstverteidigung fühlt, könne eines jedoch nicht ändern: „Die USA sind der natürliche Partner Deutschlands und Europas, dessen demokratische Werte und dessen wirtschaftliche Interessen uns nach wie vor so nahe sind, wie die keiner anderen nennenswerten Macht.“

Der Antrag der Piraten wird weiter im Innen- und Rechtsausschuss beraten.

Rede von Dr. Axel Bernstein:

<http://www.ltsh.de/pressticker/2014-05/15/15-27-36-1a53/>

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de